

Jan Matti Dollbaum

# Nicht nur Repression. Warum in Russland kaum protestiert wird

In Russland ist öffentlicher Protest so gut wie zum Erliegen gekommen. Die wichtigste, jedoch nicht ausreichende Erklärung dafür ist die stark angestiegene Repression, die Hunderttausende Aktive außer Landes getrieben hat und die Verbliebenen einschüchtert. Das Regime hat es zudem geschafft, Unzufriedenheit zu entpolitisieren, und die Opposition hat strategische Fehler gemacht.

Die Zeit der großen Proteste in Russland ist offensichtlich vorbei – spätestens seit den Demonstrationen zu Kriegsbeginn, die ihrerseits schon deutlich kleiner waren als die Aktionen anlässlich der Verhaftung von Alexej Navalnyj 2021.

**Jan Matti Dollbaum, Dr.,** Assistenzprofessor für Vergleichende Politikwissenschaft und Osteuropastudien an der Universität Fribourg.

Angesichts der zum selben Zeitpunkt drastisch verschärften Repressionen<sup>1</sup> verwundert dies nicht: Wer befürchten muss, für einen Post auf Facebook ins Gefängnis zu kommen, bei einem falschen Wort in

der Öffentlichkeit den Job zu verlieren oder bei einer Kundgebung lebensgefährlich verprügelt zu werden, der wird sich mit Widerstand zurückhalten. Doch ein Blick auf andere Länder zeigt, dass die aktuelle Repression keine hinreichende Erklärung sein kann: In Hongkong, der Türkei und im Iran sind in den letzten Jahren die weltweit größten Proteste entstanden, obwohl diese Regime ähnlich autoritär sind und ähnlich repressiv gegen ihre Bevölkerung vorgehen wie Russland.<sup>2</sup>

In diesem Text verfolge ich daher die These, dass zur Repression weitere Faktoren hinzukommen müssen, um den Zustand des russischen Protests zu erklären. Dazu gehören die Fähigkeit des Regimes, Unzufriedenheit zu individualisieren und von sich abzulenken, seine langfristigen Entscheidungen zur Entwurzelung potenziellen Widerstands sowie strategische Fehler der Opposition zu einer Zeit, als es noch Handlungsalternativen gab.

## Voraussetzung: Unzufriedenheit

Die Protestforschung hat gezeigt, dass „grievances“, also Unzufriedenheit über Missstände, allein nicht ausreichen, um Protest zu erzeugen – sie sind aber zumindest eine notwendige Bedingung. Meinungsumfragen können bei der Einschätzung eine Orientierung geben. Doch sollte man Umfragen im heutigen Russland vertrauen? Denis Volkov, Direktor des

regierungsunabhängigen *Levada-Zentrums*, hat schon 2023 plausibel argumentiert, warum Umfragen auch unter Kriegsbedingungen sinnvolle Forschungsinstrumente darstellen können. Die Qualität und Diversität der Stichproben habe sich im Vergleich zum Vorkriegsniveau nicht verschlechtert.<sup>3</sup> Aktuelle experimentelle Zugänge zeigen zudem, dass nach dem ersten Schock des Kriegsbeginns auch sensible Fragen zur Unterstützung des Krieges meist ehrlich beantwortet werden – zumindest so ehrlich, wie es für die korrekte Messung öffentlichen politischen Verhaltens erforderlich ist.<sup>4</sup>

Einerseits lässt sich in aktuellen Umfragen eine manifeste und steigende Unzufriedenheit erkennen, insbesondere bei alltäglichen Problemen. So merkten in einer Umfrage der Organisation *Russian Field* vom Februar 2025 etwa 29 Prozent der Befragten in einer offenen Frage an, dass der Krieg negative Auswirkungen auf Preise und Lebenshaltungskosten habe, 21 Prozent bemerkten negative Auswirkungen auf die mentale Gesundheit, und nur 2 Prozent erwähnten Stolz oder andere positive Emotionen. In einer geschlossenen Frage (d. h. mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten) gaben 41 Prozent an, dass sich ihr Lebensstandard in den letzten drei Jahren verschlechtert habe, nur 11 Prozent bemerkten eine Verbesserung. Die makroökonomischen Daten, allen voran die hohe Inflation und der zu ihrer Bekämpfung noch höhere Leitzins von 21 Prozent, unterstreichen diese Befunde.

Andererseits übersetzt sich diese Diagnose keineswegs in breite politische Unzufriedenheit, die eine Voraussetzung für Protest darstellt. Das Levada-Zentrum misst regelmäßig die Bereitschaft zur Beteiligung an ökonomischen und politischen Protesten. Diese Zahlen sind nicht wörtlich zu nehmen, aber sie taugen als Stimmungsmesser. Der Zeitvergleich zeigt ferner, dass die Werte zu Zeiten großer Proteste deutlich über dem aktuellen Niveau lagen. Im Dezember 2011, zu Beginn der Bolotnaja-Demonstrationen nach den Parlamentswahlen, lagen sie bei 19 Prozent (ökonomisch) und 17 Prozent (politisch); als die Regierung im Sommer 2018 die Erhöhung des Renteneintrittsalters beschloss, kletterten sie auf 28 und 23 Prozent, und selbst nach den harschen Repressionen des Jahres 2021, inklusive des Verbots von Navalnyjs Stiftung für Korruptionsbekämpfung und dem harten Vorgehen gegen

1) McCarthy, Lauren A.; Rice, Douglas; Lokhmutov, Aleks: Four Months of 'Discrediting the Military': Repressive Law in Wartime Russia. In: *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization* 31, 2 (2023), S. 125–160.

2) Der Vergleich basiert auf systematischen und quantifizierten Schätzungen von Expert:innen in Bezug auf elektorale und liberale Demokratie, Repression gegenüber NGOs, Einschränkung der Medienfreiheit und politischen Verhaftungen: [http://v-dem.net/data\\_analysis/VariableGraph/](http://v-dem.net/data_analysis/VariableGraph/)

3) Volkov, Denis: The Value of Public Opinion Polls. In: *Russian Analytical Digest* 292 (February 20, 2023), S. 2–3.

4) Rosenfeld, Bryn: Survey Research in Russia: In the Shadow of War. In: *Post-Soviet Affairs* 39, 1–2 (2023), S. 38–48.

unabhängige Medien, lagen die Werte zu Beginn der Großinvasion in die Ukraine bei 23 und 18 Prozent. Im April 2025 maß Levada sie dagegen bei 13 und 8 Prozent. Hinzu kommen historische Höchststände bei der Bewertung politischer Institutionen, längst nicht nur Putins als Präsident, sowie eine klare Mehrheit von 69 Prozent, die Russland insgesamt „auf dem richtigen Weg“ sieht – nahe am Rekordwert von 74 Prozent im Februar 2024.

Solche Umfragen sollten nicht suggerieren, dass die Russinnen und Russen begeistert von ihren politischen Anführern wären. Für viele ist die in Umfragen vorgebrachte Unterstützung eher eine mehr oder weniger resignierte Tolerierung der Herrschenden aus Mangel an Alternativen und Misstrauen gegenüber jedweder politischen Opposition. Eindrücklich sind auch die Arbeiten des *Public Sociology Labs*, die die Gewöhnung an die Kriegsbedingungen detailliert beschreiben.<sup>5</sup> Der Punkt ist vielmehr, dass diese Einschränkungen bei der Interpretation von Umfragen zeitlich stabil sind, dass also der Zeitvergleich trotzdem aussagekräftig ist. Und dieser zeigt, dass einer kraftvollen Protestbewegung zurzeit die Grundlage einer breiten, politisch aufgeladenen Unzufriedenheit fehlt. Dies bedeutet aber keineswegs, dass eine solche nicht recht plötzlich entstehen könnte. Das Regime arbeitet daher beständig daran, die unmittelbaren Kriegsfolgen abzumildern, zurückkehrende Veteranen zu kooptieren und die Gesellschaft insgesamt zu „pazifizieren“<sup>6</sup> – was wohl am besten mit „ruhigstellen“ zu übersetzen ist.

### Regimetaktik und strategische Fehlentscheidungen

Hinzu kommen längerfristige Erklärungsfaktoren. Henry Hale hat gezeigt, dass die großen Protestwellen im post-sowjetischen Raum der 2000er und 2010er Jahre, etwa in der Ukraine, in Georgien, in Kirgistan sowie später in Armenien, Teil sog. Regimezyklen waren, in denen informelle, aber hierarchisch strukturierte Netzwerke politischer und wirtschaftlicher Eliten (sog. „Pyramiden“) um die Besetzung politischer Spitzenämter und damit um den Zugang zu staatlichen Privilegien und Ressourcen konkurrierten.<sup>7</sup> Damit solche Konflikte in die Unterstützung von Protest einfließen können, muss es unabhängige wirtschaftliche Machtzentren geben. Solche hat Vladimir Putin jedoch bereits in seinen ersten Jahren im Amt zerschlagen. Angesichts der desolaten Lage des Staates in den 1990er Jahren, als die Oligarchen die Politik dominierten und staatliche Akteure erpressen konnten, hatte Putin für seine Repressionen breite Unterstützung in der Bevölkerung. Sie waren jedoch ein erster Schritt zur Kontrolle potenzieller Gegeneliten, die anderswo den Protest gegen autoritäre Regime unterstützten – nicht, weil sie besonders demokratisch wären, sondern weil sie sich davon Vorteile in der Auseinandersetzung mit gegnerischen „Pyramiden“ versprochen.

Auch politische Konkurrenz hat Putin stets unterbunden, bevor sie gefährlich werden konnte. 2013 machte das System

einen Fehler, indem es Alexej Navalnyj nach einem politisch motivierten Urteil Berufung gewährte und ihm damit ermöglichte, an der Bürgermeisterwahl in Moskau teilzunehmen. Die Kalkulation im Kreml war höchstwahrscheinlich, ihn offensichtlich und ohne allzu klare Einmischung scheitern zu lassen, um damit zu zeigen, wie wenig echte Unterstützung die Opposition mobilisieren kann. Navalnyjs Ergebnis von über 27 Prozent kostete den Regimekandidaten Sergej Sobjanin fast seine absolute Mehrheit. Das Regime lernte daraus; seitdem wurde Navalnyj nicht mehr zu Wahlen zugelassen. Wäre dieser Fehler erst später passiert und hätte Navalnyj 2018 zur Präsidentschaftswahl antreten dürfen, hätte er seine bis dahin stetig wachsende Bekanntheit möglicherweise besser nutzen können.

Das Regime hat also in der Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen und politischen Gegnern die in seinem Sinne richtigen Entscheidungen getroffen, die langfristig einem breiten und ressourcenstarken Protest die Basis entzogen. Doch auch auf Seiten des Protests und der oppositionellen Gruppen gab es Faktoren, die eine Stärkung verhinderten und damit eine echte Bedrohung des Regimes „von der Straße“ untergruben. Die wichtigste dieser Ursachen ist die langjährige Weigerung unterschiedlicher oppositioneller Gruppen und Organisationen, inhaltliche und persönliche Differenzen im Dienst einer breiten Protestfront hintanzustellen. Zwar hatte Navalnyj selbst als politische Randfigur immer wieder Wege gefunden, dem Kreml empfindlich zu schaden, so dass der Mordanschlag im Jahr 2020 offenbar als letzter Ausweg schien, um ihn loszuwerden. Doch sein Ansatz der „negativen Koalition“ war bis zum Schluss in der liberalen Opposition hochumstritten, sah er doch vor, auch mit Nationalisten und Kommunisten vorübergehend zusammenzuarbeiten, um die von ihnen jeweils mobilisierbaren Teile der Bevölkerung in eine heterogene, aber zahlenmäßig deutlich stärkere Bewegung zu lenken. Dass Navalnyj in einer solchen Bewegung die alleinige Anführerschaft beanspruchte, hat der Sache sicher ebenfalls nicht gutgetan. Viele seiner Mitstreiter aus dem liberalen Lager waren allerdings grundsätzlich nicht zu solchen breiten Koalitionen bereit – aus Angst, die eigenen Prinzipien zu verraten. Navalnyj fasste dies in seiner posthum erschienenen Autobiografie so zusammen: *„Während wir uns in unseren kleinen Streitereien verzetteln und zu entscheiden versuchen, wen man als Mitglied von welcher Fraktion brandmarken musste, und ob es für uns schicklich sei, in ihrer Gesellschaft fotografiert zu werden, stellten wir auf einmal fest, dass wir in einem Land leben, wo Menschen ohne Grund ins Gefängnis gesteckt oder sogar ermordet wurden.“*<sup>8</sup>

Es ist fraglich, ob es durch Geschlossenheit in der liberalen Opposition gelungen wäre, eine substanziell größere Bevölkerungsgruppe hinter einer inhaltlich und organisatorisch breiteren Koalition zu versammeln. Schließlich hat sich auch die kommunistische Partei, die in den Regionen durchaus Mobilisierungspotenzial hat(te), stets einer Zusammenarbeit verweigert, weil sie – zumindest auf nationaler Ebene – fest in Putins System aus Kooptation und Repressionsdrohung eingebunden ist. Die politische Kleinstaaterei bzw.

5) <https://publicsociologylab.com/reports/inevitability.html>; vgl. auch Morris, Jeremy: Russians in Wartime and Defensive Consolidation. In: *Current History* 121, 837 (2022), S. 258–263.

6) Vlasova, Olga: The Policy of Pacification. In: *Warsaw East European Review* 14 (2024), S. 49–62.

7) Hale, Henry E.: *Patronal Politics: Eurasian Regime Dynamics in Comparative Perspective*. Cambridge 2014.

8) Navalnyj, Aleksej Anatol'evič: *Patriot – Meine Geschichte*. Berlin 2024, S. 217.

Prinzipientreue (je nach Lesart) hat dabei jedenfalls nicht geholfen.

Dieses Dilemma zwischen zahlenmäßiger Breite und inhaltlicher Tiefe verschärfte sich 2014, als die Annexion der Krim nicht nur die politische Unzufriedenheit vorübergehend drastisch reduzierte, sondern auch die Opposition spaltete. In den Regionen hatte es bis dahin immer wieder pragmatische Allianzen zwischen Liberalen, Linken und bisweilen auch Nationalisten gegeben. Die Krim-Annexion durchkreuzte diese Ansätze negativer Koalitionen, indem sie insbesondere bei Nationalisten und „nationalpatriotischen“ Linken zur Bildung von Subgruppen führte, die die Regierung plötzlich in deutlich besserem Licht sahen. Auch wenn diese Gruppierungen jede für sich bedeutungslos waren, hat doch die Krim-Annexion sowohl die emotionale und einstellungsmäßige als auch die organisationale Grundlage für breiten Protest stark gemindert. Die Vollinvasion 2022 setzt diese Entwicklung fort.

Die zunehmenden Repressionen sind sicher die wichtigste Erklärung für den aktuell desolaten Zustand der russischen Protestbewegung. Sie und die Teilmobilisierung vom September 2022 haben auch eine enorme Emigrationswelle bewirkt, bei der Hunderttausende politisch Aktive das Land verließen. Doch die Repression hatte aus den oben angeführten Gründen meistens leichtes Spiel, den Protest zu ersticken. Und sie funktioniert im Tandem mit den effektiven kommunikativen Strategien des Regimes, Unzufriedenheit zu individualisieren und zu entpolitisieren – und Zufriedenheit und Stolz zu kollektivieren und zu politisieren. Wer nur auf die momentane Repression schaut, macht es sich daher zu einfach.

### Unsichtbarer Protest

Dennoch gibt es weiterhin Protest, dessen Existenz umso erstaunlicher und mutiger erscheint. Da ist zunächst das Untergrundnetzwerk *Feminist Anti-War Resistance* (FAR), das beständig versucht, den antiautoritären Widerstand gegen den Krieg mit breitenrelevanten Gender-Themen wie häuslicher Gewalt zu verbinden und trotz seiner Genese in linken hochgebildeten Hauptstadtumgebungen den Anschluss an die (weibliche) Gesamtgesellschaft zu stärken. Mit hohem persönlichem Einsatz verbreitet die Gruppe Informationen, sprüht Protestgraffitis, betreibt eine Untergrundzeitung und knüpft internationale Kontakte. Auch der Telegram-Kanal *Put' Domoj* („Weg nach Hause“), gegründet und geführt von Verwandten und Partnerinnen von Soldaten, die in der Ukraine kämpfen, zählt zu den neuen Protestakteuren. Eine Politisierung (d. h. die Realisierung, dass Appelle an Putin die Situation nicht maßgeblich verbessern werden, sondern dass der Krieg eine Machtfrage stellt) ist bei manchen Mitgliedern bereits seit Längerem im Gange. Einige riefen zu Protesten während der Präsidentschaftswahl im Jahr 2024 auf. Bei Aktionen bekamen sie daher auch Repression zu spüren, so gab es etwa in Moskau Verhaftungen, in Dagestan setzte die Polizei Tränengas ein. Doch ein Schulterschluss mit neuen politischen Projekten, die versuchen, sich dem extrem eingeschränkten Handlungsspielraum anzupassen, etwa der Partei *Rassvet* („Sonnenaufgang“) der Journalistin Ekaterina Duntsova, ist weiterhin nicht absehbar.

Auch abseits des Kriegsthemas gibt es Protest, jedoch meistens von Einzelpersonen (da hierfür etwas weniger starke

Einschränkungen gelten) oder von spontanen Bürgerversammlungen. Die Website *Activatica.org* listet tagesaktuelle Protestereignisse aus dem ganzen Land auf.<sup>9</sup> Und schließlich ist auch die große aktivistische Diaspora von Bedeutung: Nicht, weil sie die Bevölkerung in Russland zurzeit zu Protesten mobilisieren könnte oder gar eine realistische politische Strategie zum Kampf gegen Putin entwickelt hätte (dazu ist sie weiterhin zu stark mit sich selbst beschäftigt). Doch haben sich mittlerweile einige Youtube-Kanäle gebildet, auf denen politische Informations- und Diskussionsformate eine wichtige Alternative zu den Staatsmedien und den „patriotischen“ Telegram-Kanälen bieten. Solange die Behörden Youtube nicht vollständig blockieren, können diese Kanäle, die teils Millionen Zuschauer haben, der Propaganda etwas entgegensetzen und ein gewisses Gemeinschaftsgefühl am Leben halten.<sup>10</sup>

### Chancen und Grenzen von Protest

Navalnyjs Tod hat stark zur aktuellen Depression der liberalen Opposition und der Protestbewegung beigetragen: Seine Botschaften der Hoffnung aus dem Gefängnis waren für unzählige Menschen wichtig, auch für die, die gegen seine negative Koalition waren. Diese Botschaften haben in der Dunkelheit des Krieges möglicherweise auch eine gewisse emotionale Abhängigkeit geschaffen; ihre Abwesenheit wiegt daher schwer. Dies verweist auf den letzten Faktor, der den Protest schwächt: die Personalisierung. In einem deinstitutionalisierten autoritären Regime, in dem die symbolische und faktische Macht allein bei Putin liegt, hat sich auch seine Gegnerschaft spiegelbildlich personalisiert. Verglichen mit einer Netzwerkstruktur sind derart hierarchische Beziehungen einfacher zu unterdrücken, wie die Leere nach Navalnyj zeigt. Die Suche nach einem neuen Navalnyj ist verständlich, da gerade in einem System ohne stabile Institutionen der breiten gesellschaftlichen Mobilisierung eine Figur als Projektionsfläche große Kräfte freisetzen kann. Aber sie ist in mehrerer Hinsicht vergeblich: In der aktuellen repressiven Situation könnte jemand wie Navalnyj gar nicht entstehen; zudem würde eine neue Personalisierung dieselben strukturellen Probleme wiederholen.

Die Demonstrationen in Belarus 2020 haben gezeigt, dass mithilfe digitaler Technologien, Erfindergeist und Optimismus starker Protest auch unter feindlichen Bedingungen entstehen kann. Doch auch in Belarus war die Unzufriedenheit deutlich stärker als aktuell (zumindest messbar) in Russland. Zudem hat das dortige Regime den Fehler gemacht, Svjatlana Tsichanouskaja zur Wahl zuzulassen – und die Opposition wusste diesen Fehler zu nutzen. Beides ist in Russland unwahrscheinlich. Zudem zeigt Belarus auch, dass ein Regime, das keine Elitenspaltung zulässt und bereit ist, Gewalt auf breiter Basis einzusetzen, von friedlichem Protest kaum ernsthaft bedroht werden kann. Der Protestbewegung bleibt daher vor allem eins: Hoffen, dass andere Kräfte das Regime bezwingen und Bedingungen entstehen, in denen wieder Politik außerhalb des Kremls möglich ist.

9) <https://activatica.org/?tab=actions>

10) Beispiele sind die Kanäle des Journalisten Jurij Dud, der Oppositionspolitiker Maksim Kats und Michael Naki, der Kanal des Teams Alexej Navalnyjs sowie das politisch neutralere Format *Redaktsija*.